

3 FRAGMENTIERUNG UND ZAHL DER PARTEIEN

3.1 Theoretische und konzeptuelle Überlegungen

Die einfachste Art und Weise die Fragmentierung eines Parteiensystems zu bestimmen, ist das *Zählen der Parteien*. Aus der Literatur über die Typologisierung der Parteiensysteme und aus Sartoris (1976: 119 ff.) Ausführungen über „die Parteien, die zählen“ werden jedoch ersichtlich, dass nicht nur die Anzahl, sondern auch die *Stärke der Parteien* von Bedeutung sind. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob in einem Zweiparteiensystem beide Parteien je rund 50 Prozent der Stimmen vereinen, oder ob eine Partei eine Wählerstärke von 80 Prozent und die andere eine Wählerstärke von 20 Prozent aufweist. Bei zwei gleich grossen Parteien ist zu erwarten, dass sie sich im Wahlkampf einander angleichen und sich auf den Medianwähler ausrichten, wenn eine Partei deutlich dominiert, dürfte dies weniger ausgeprägt der Fall sein. Oder – um eine anderes Beispiel zu nehmen – ein Parteiensystem, in dem die drei grössten Parteien je 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen (die restlichen 10 Prozent der Stimmen fallen dabei auf eine Vielzahl kleiner Parteien), unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von einem Parteiensystem, in dem die drei grössten Parteien 45, 35 und 10 Prozent der Stimmen. Entscheidend ist hier, ob eine Partei die Position einer „Mehrheitsbeschafferin“ einnimmt und mit beiden anderen Parteien Koalitionen eingehen kann, oder ob sie nur mit einer der beiden Parteien stark genug für eine Regierungsbeteiligung ist. Je nach Zahl und Stärke der Parteien in einem Parteiensystem – so ist anzunehmen – verändert sich der Wettbewerb zwischen den Parteien, bestimmt sich die Radikalität ihrer ideologischen Orientierung und gestaltet sich die parteiinterne Homogenität.

In der Parteienforschung ist die Fragmentierung des Parteiensystems sowohl eine erklärende wie eine zu erklärende Variable: Wovon ist die Fragmentierung abhängig und was sind deren Auswirkungen? Bei der Erklärung der *Fragmentierung* interessiert vor allem die Frage, wie weit dafür das Wahlsystem und wie weit dafür gesellschaftliche Cleavages verantwortlich zu machen sind. Hinsichtlich der *Auswirkungen der Fragmentierung* interessiert die politische Stabilität und letztlich die Qualität des „Politik-Outputs“.

3.1.1 Die Zahl der Parteien als zu erklärende und erklärende Variable

Geht es darum, die Fragmentierung respektive die Zahl der Parteien zu erklären, konkurrenzieren sich institutionelle Ansätze, die sich vor allem mit dem Einfluss des Wahlverfahrens (z.B. Wahlsystem, Grösse der Wahlkreise) befassen, und soziologische Ansätze, welche die Parteien auf die Existenz unterschiedlicher sozialer Gruppen in der Gesellschaft zurückführen.

Arbeiten, die sich für die Erklärung der Zahl der Parteien mit den Auswirkungen des *Wahlsystems* befassen, sind verhältnismässig zahlreich und beziehen sich, wie z.B. Riker (1976), Riker (1982), Taagepera/Grofman (1985), mehr oder weniger direkt auf Duvergers Gesetz, welches aussagt, dass "simple majority single-ballot systems favours the two-party system" und "both the simple majority with second ballot and proportional representation favour multi-partism" (Duverger 1964: 217, 239, zitiert nach Gaines 1997: 49). Als Klassiker gilt die Arbeit von Rae (1971), welche von Lijphart (1997: 73) als erster grösserer Versuch einer umfassenden Abhandlung der politischen Folgen von Wahlsystemen bezeichnet wird.

Die von Duverger formulierte Gesetzmässigkeit ist allerdings heute ziemlich umstritten. Dabei wird die Meinung vertreten, dass das Wahlsystem wohl gewisse Auswirkungen haben kann, dass es aber bei weitem nicht der wichtigste Faktor für die Erklärung der Zahl der Parteien ist. Die *Grösse der Wahlkreise* hat wahrscheinlich einen stärkeren Einfluss auf die Zahl der Parteien (Lijphart 1994; Taagepera/Shugart 1989, zit. nach Coppedge 1997: 159). Taagepera/Shugart (1989: 112) bezeichnen die Wahlkreisgrösse gar als den entscheidenden Faktor. Zahlreiche Autoren sind davon ausgegangen, dass dafür ein psychologischer Effekt verantwortlich ist: Die Wähler wissen welche Parteien überhaupt Chancen auf einen Sitzgewinn haben und vermeiden es, Stimmen an kleinere Parteien zu verschwenden (Rae 1970: 141f., Taagepera/Shugart 1989: 215). Daneben gibt es auch einen technischen Effekt: Wahlsysteme tendieren generell dazu, grössere Parteien zu favorisieren. Bei grösseren Wahlkreisen sind aber in der Regel die Zugangshürden für kleinere Parteien tiefer und die Unterschiede zwischen erhaltenen Stimmen und erhaltenen Sitzen kleiner.

Entscheidender als das Wahlsystem ist aber möglicherweise die *Cleavage-Struktur* eines Landes. Dieses Argument wird mitunter von Coppedge (1997:

169 ff.)¹ vorgebracht, findet sich aber auch bei Lijphart (1984: 147 f.) und bei Taagepera/Shugart (1989: 92 ff.). Da sich Parteien entlang von politischen Konfliktlinien herausbilden (vgl. Beyme 1984 und natürlich Lipset/Rokkan 1967), ist es nicht weiter erstaunlich, dass die Zahl der Parteien stark durch die Zahl der in einer Gesellschaft bestehenden Cleavages bestimmt wird. Das Problem mit den Cleavages ist jedoch, dass sie für vergleichende Untersuchungen nicht besonders gut geeignet sind, da sie sich nur schwer erfassen lassen, wenn man nicht den reduktionistischen Weg über die Wählerstimmenanteile der Parteien begehen will (vgl. den dritten Teil dieser Arbeit). Zudem darf nicht vergessen werden, dass Cleavages auf die Tiefenstrukturen der Parteiensysteme abzielen und – wie Coppedge (1997: 184) es nennt – das Fleisch und Blut nicht berücksichtigen. Weder der elektorale Erfolg der Parteien noch die Herausbildung von Parteiensystemen sind vollumfänglich durch die Cleavage-Struktur determiniert. Sie sind auch Produkt von Zufällen und abhängig von Personen, die eine Partei führen. Ohne Gottlieb Duttweiler hätte es beispielsweise in der Schweiz kaum einen Landesring gegeben.

Wird die Fragmentierung des Parteiensystems respektive die Zahl der Parteien als unabhängige Variable betrachtet, so interessieren vor allem der *Einfluss auf die politische Stabilität* und der *Policy-Output*. Die klassische Frage ist hier beispielsweise, ob Zweiparteiensysteme längerfristig stabiler sind als Mehrparteiensysteme. Die Antwort ist vor allem dann von grosser Bedeutung, wenn es darum geht, über Wahlverfahren oder Regierungssystem die Entstehung und Entwicklung von Parteiensystemen zu beeinflussen. Etwas allgemeiner kann auch gefragt werden, ob Zwei- oder Mehrparteiensysteme bessere „policies“ garantieren. Hier stehen sich das Parteienwettbewerb- und das Konkordanz-Modell gegenüber. Vor allem die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Zahl der Parteien und der politischen Stabilität wird uns im weiteren Verlauf dieser Arbeit immer wieder beschäftigen.

¹ Coppedge (1997: 177 f.) schlägt beispielsweise auch vor, die Wirtschaftslage eines Landes zu berücksichtigen, was bei seiner Untersuchung in lateinamerikanischen Ländern auch nahe liegend erscheint. Er gesteht allerdings ein, dass unklar ist, ob eine schlechte Wirtschaftslage wirklich zu Abspaltungen von der Regierungspartei und, da Unsicherheit über mögliche Lösungen zur Behebung der schlechten Wirtschaftslage bestehen, zu einem breiteren Spektrum von Parteien führt, oder ob nicht der Regierungspartei trotz allem die Treue gehalten wird und ein genereller Trend zu den starken Parteien besteht.

3.1.2 Fragmentierung des Parteiensystems – verschiedene Indices

In der Literatur werden verschiedene *Werte zu Beschreibung der Fragmentierung eines Parteiensystems* diskutiert. Wir beschränken uns hier auf solche, die über das reine Zählen hinausgehen und auch der Stärke der Parteien Rechnung tragen. Als Berechnungsgrundlagen dienen dabei die Wählerstimmenanteile.²

3.1.2.1 Die Summe der quadrierten Sitzanteile und der Rae-Index

Eine der ältesten Formeln für die Bestimmung der Fragmentierung eines Parteiensystems berechnet sich nach der *Summe der quadrierten Sitzanteile* (vgl. Herfindahl 1950, Hirschmann 1945). Dabei wird im Prinzip nach der Wahrscheinlichkeit gefragt, dass zwei zufällig ausgewählte Wähler dieselbe Partei wählen, respektive, dass zwei zufällig ausgewählte Parlamentarier derselben Partei angehören (vgl. Molinar 1991: 1383). Die Formel lautet:

$$HH = \sum_{i=1}^n p_i^2$$

wobei p der Wählerstimmenanteil der Parteien darstellt.

Wenn 50 Prozent der Stimmberechtigten die Partei A wählen und 50 Prozent die Partei B, betragen die Chancen, dass zwei zufällig ausgewählte Stimmberechtigte dieselbe Partei wählen 50 Prozent ($0.5^2 + 0.5^2 = 0.5$), wählen 80 Prozent die Partei A und 20 Prozent die Partei B, so liegen die Chancen bei 68 Prozent ($0.8^2 + 0.2^2 = 0.68$). Wählen 50 Prozent die Partei A, 30 Prozent die Partei B und 20 Prozent die Partei C, so liegen die Chancen bei 38 Prozent ($0.5^2 + 0.3^2 + 0.2^2 = .38$).

Auch der deutlich bekanntere *Rae-Index* (Rae 1967) basiert auf dieser Erkenntnis. Er berechnet, da er HH von 1 subtrahiert, die Wahrscheinlichkeit, dass zwei zufällig ausgewählte Wähler unterschiedliche Parteien gewählt haben. Der Index

² Die Indices können auf der Basis von Wählerstimmen- oder Sitzanteilen, respektive Wählerstimmen oder Sitzen berechnet werden. Ob man sich auf absolute Zahlen oder Prozentanteile abstützt ist weniger wichtig, ob man sich auf die Wähler oder auf die Sitze der Parteien bezieht, dagegen schon, weil es hier je nach Wahlsystem zu unterschiedlichen Kräfteverhältnissen kommen kann.

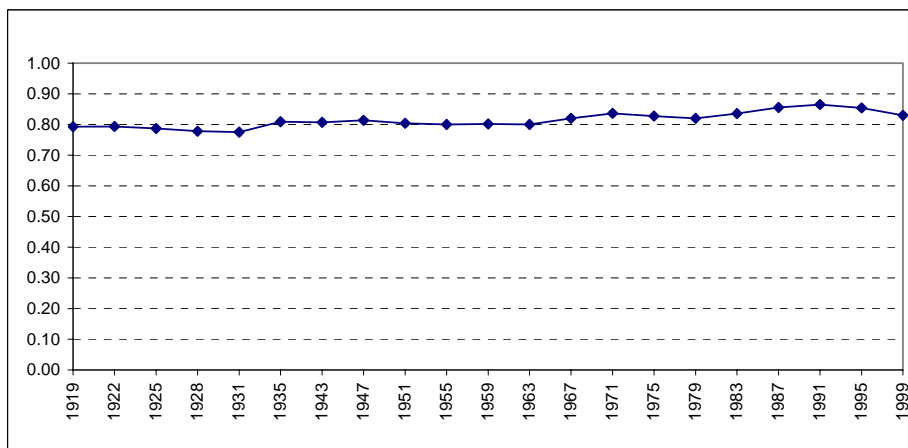
liegt bei 0, wenn es nur eine Partei gibt, und bei 1, wenn die Zahl der Parteien gegen unendlich strebt. Die allgemeine Formel lautet:

Fragmentierung = $1 - (\text{Partei1}^2 + \text{Partei2}^2 + \dots + \text{ParteiN}^2)$ oder

$$F = 1 - HH = 1 - \sum_{i=1}^n p_i^2$$

In der Schweiz bewegt sich der Rae-Index berechnet auf der Basis der Wählerstimmenanteile der Parteien bei den Nationalratswahlen zwischen 1919 und 1999 zwischen 0.77 und 0.87. Ein Nachteil dieses Index ist, dass es sich lediglich um einen Wert handelt, der keine offensichtliche und nachvollziehbare Bedeutung hat. Was ein Wert von rund 0.8 aussagt, ist nur Spezialisten bekannt oder wird, im besten Fall, im Vergleich mit anderen Parteiensystemen ersichtlich. Aus der Abbildung des Rae-Index (vgl. Abbildung 3.1) wird zudem ein zweiter Nachteil deutlich: Kleinere Veränderungen kommen – stellt man in einer Abbildung den gesamten Wertebereich (0 bis 1) dar – kaum zum Ausdruck.

Abbildung 3.1: Rae-Index: Nationalratswahlen 1919-1995



* Die Kategorie „Andere“ wurde für die Berechnung des Rae-Index nicht berücksichtigt.

Quelle: Für die Jahre 1971-1999: BfS: Nationalratswahlen 1999 (wobei 1995 und 1999 Solidarität unter „Andere“, 1919-1967, BfS: Nationalratswahlen 1987.

Trotz dieser Mängel wird der Rae-Index in verschiedenen Werken, die sich mit dem Schweizer Parteiensystem befassen, verwendet. Mit seiner Hilfe wurde von verschiedenen Autoren gezeigt, dass die Schweiz eines der am *stärksten fragmentierten Parteiensysteme* hat:

- Bereits Rae (1968: 417) kommt in seinen Berechnungen zum Schluss, dass von 1945 bis 1965 die Schweiz von 20 Ländern zusammen mit Finnland, Israel und Frankreich die grösste Fragmentierung aufweist.
- Bestätigt wird dies in jüngerer Zeit durch Kriesi (1995: 131), der sich allerdings auf eine Passage von Kerr (1987:116) stützt. Gemäss Kerr (1987:116), dessen Daten ebenfalls aus einer relativ weit zurückliegenden Zeitperiode (1945 - 1973) stammen, hat nur Finnland einen grösseren Fragmentierungsgrad als die Schweiz.
- Armingeon berechnet in einem Aufsatz in der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft den Fraktionierungsindex für 18 respektive 21 Länder und für verschiedene Zeitperioden (Durchschnittswerte) (vgl. Armingeon 1989: 344). Für die Zeit von 1945 bis 1988 weist die Schweiz nach seinen Berechnungen den grössten Fraktionierungsindex aller untersuchten Länder auf.

Heute wird der Rae-Index in der Parteienforschung – obwohl er immer wieder auftaucht – aus den oben ausgeführten Gründen weniger häufig verwendet. In den meisten neueren Indices ist er allerdings mehr oder weniger explizit vorhanden.

3.1.2.2 Die effektive Zahl der Parteien

In den wissenschaftlichen Arbeiten dominiert in jüngerer Zeit der Indikator „*effektive Zahl der Parteien*“ („the effective number of parties“), genannt *N*, wie er von Laakso/Taagepera (1979) vorgeschlagen wurde (vgl. Lijphart 1994: 70, Lijphart 1984: 122 ff.). *N* kann im Prinzip mit einer einfachen Transformation von *F* berechnet werden.³ Die Formel lautet wie folgt:

³ Erstaunlicherweise stellen viele vergleichende Studien, Datenhandbücher und Datensätze neben der effektiven Zahl der Parteien noch immer den Rae-Index (vgl. Lane/Ersson 1994: 178, Armingeon/Freitag 1997,

$$N = \frac{1}{\sum_{i=1}^n p_i^2} = \frac{1}{HH} = \frac{1}{(1-F)}$$

wobei p wiederum den Wählerstimmenanteil der Parteien darstellt.

Auch mit der effektiven Zahl der Parteien lässt sich belegen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich auf nationaler Ebene ein ausgesprochen fragmentiertes Parteiensystem hat. Tabelle 3.1 stellt die N-Werte für die Zeit zwischen 1980 und 1998 für 23 Länder dar. Als Quelle dient der Datensatz von Armingeon/Beyeler/Mengale (2000). Es zeigt sich, dass am Ende des 20. Jahrhunderts nur Belgien und Italien eine höhere effektive Zahl der Parteien aufwiesen und damit stärker fragmentierte Parteiensysteme hatten als die Schweiz. Die Schweiz behauptet ihre Stellung der Spitzengruppe seit den 1960er Jahren. Lediglich Finnland, Frankreich, die Niederlande und Italien sahen sich in bestimmten Zeitperioden mit stärker fragmentierten Parteiensystemen konfrontiert.

Über die letzten 40 Jahre hinweg, hat die effektive Zahl der Parteien im Durchschnitt aller untersuchten Länder zugenommen. Sie ist von 3.4 auf 4.6 angestiegen. Die jüngere Entwicklung in der Schweiz läuft demgegenüber der internationalen Entwicklung entgegen. Die höchste effektive Zahl der Parteien wurde in der Schweiz mit 7.2 in der Zeit zwischen 1992 und 1995 (als Folge der Nationalratswahlen 1991) erreicht. Seither ist die effektive Zahl der Parteien wieder auf 6.1 zurückgegangen. Die Schweiz ist nicht das einzige Land mit einer rückläufigen Zahl an Parteien. Ähnliche Entwicklungen finden am Ende der 1990er Jahre auch in Belgien, Dänemark, Finnland, Island, Japan, Schweden Spanien und den USA statt, wobei es sich auch hier, mit Ausnahme der USA, um eher stärker fragmentierte Parteiensysteme handelt. Der allgemeine Trend für die Gesamtheit der Länder deutet jedoch nach wie vor auf eine Zunahme der Fragmentierung hin. Dieser Sachverhalt wird auch durch Abbildung 3.2 verdeutlicht, welche die Entwicklung des Schweizer Parteiensystems und die Durchschnittswerte für die anderen europäischen Staaten sowie für eine Gruppe verschiedener

nicht-europäischer Länder (USA, Australien, Neuseeland, Kanada und Japan) darstellt.

Tabelle 3.1: Effektive Zahl der Parteien (N)* in 23 Ländern, Durchschnittswerte der entsprechenden Wahlperioden seit 1960

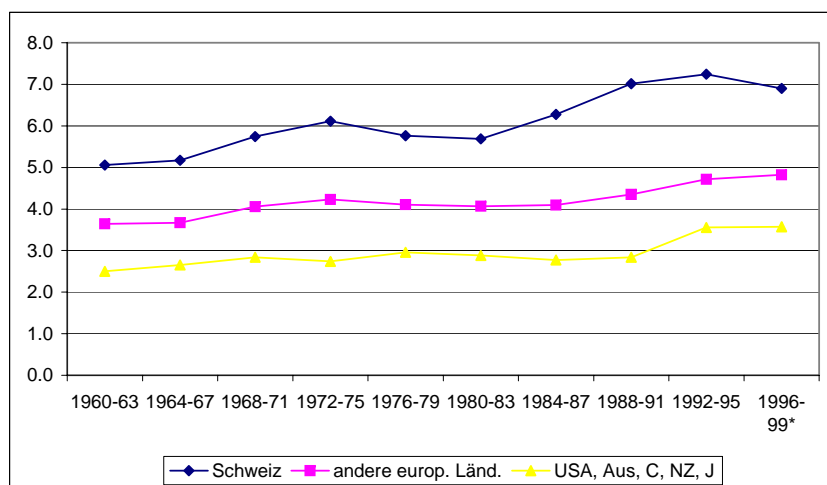
Jahr	1960-63	1964-67	1968-71	1972-75	1976-79	1980-83	1984-87	1988-91	1992-95	1996-99	1960-1999
<i>Fünfundmehrparteiensysteme</i>											
Belgien	3.0	3.7	6.8	6.3	6.7	8.7	8.4	8.6	9.7	9.5	7.1
Schweiz	5.1	5.2	5.7	6.1	5.8	5.7	6.3	7.0	7.2	6.9	6.1
Finnland	5.5	5.5	5.7	5.9	5.9	5.7	5.6	6.1	5.9	5.8	5.8
Niederlande	4.6	5.2	6.5	6.9	4.7	4.3	4.0	3.9	4.8	5.6	5.0
Dänemark	3.8	4.0	4.6	6.1	5.3	5.6	5.4	5.4	4.8	4.8	5.0
Italien	4.0	4.2	4.0	4.1	3.5	4.1	4.6	4.6	7.2	7.5	4.8
<i>Vierparteiensysteme</i>											
Norwegen	3.6	3.8	3.7	4.8	4.2	3.9	3.7	4.5	4.8	5.0	4.2
Island	3.6	3.5	3.9	3.8	3.7	4.0	4.6	5.4	4.3	4.4	4.1
Luxemburg	3.3	3.5	3.5	3.9	4.2	4.2	3.6	4.4	4.7	4.8	4.0
Spanien					4.3	3.8	3.4	4.0	3.7	3.3	3.7
Schweden	3.3	3.4	3.3	3.5	3.6	3.5	3.4	4.1	4.2	4.0	3.6
Japan	2.4	2.7	3.3	3.4	4.0	3.5	3.5	3.5	4.9	4.1	3.5
<i>Dreiparteiensysteme</i>											
Portugal				3.7	3.8	3.1	4.1	3.0	2.9	3.1	3.4
Deutschland	3.5	3.2	3.1	2.9	2.9	3.1	3.3	3.7	3.8	3.8	3.3
Kanada	2.8	3.3	3.0	3.1	3.0	2.9	2.8	3.0	3.7	4.1	3.2
Irland	3.2	2.9	2.8	2.8	2.8	2.8	2.9	3.4	4.0	4.0	3.2
Australien	2.8	2.9	2.9	2.7	3.0	2.8	2.8	3.1	3.0	3.2	2.9
Neuseeland	2.4	2.5	2.5	2.5	2.7	2.9	2.8	2.5	3.3	4.1	2.8
UK	2.3	2.5	2.4	2.8	3.1	2.9	3.1	3.1	3.1	3.2	2.8
Griechenland	3.1	2.4		2.8	3.5	3.0	2.6	2.6	2.6	3.1	2.8
<i>Zweieinhalbparteiensysteme</i>											
Österreich	2.5	2.4	2.3	2.3	2.3	2.3	2.6	2.9	3.5	3.6	2.7
<i>Zweiparteiensysteme</i>											
USA	2.0	1.9	2.6	2.0	2.1	2.3	2.0	2.0	2.8	2.4	2.2
Mittelwert	3.4	3.5	3.8	4.0	3.9	3.9	3.9	4.1	4.6	4.6	4.0

* Berechnet nach der Formel von Laakso/Taagepera. Kursiv: gleich stark oder stärker fragmentierte Parteiensysteme als die Schweiz. Zuordnung zu den verschiedenen Typen von Parteiensystemen aufgrund der durchschnittlichen effektiven Zahl der Parteien. Quelle: Armingeon/Beyeler/Mengale 2000, eigene Berechnungen

Armingeon/Beyeler/Mengale 2000, Pennings/Lane (1998: 5) dar. Dies ist unnötig, da sich die beiden Indizes ohne zusätzliche Informationen über das Parteiensystem ineinander überführen lassen.

Expansions- und Konzentrationsbewegungen sind an sich nichts Neues in der Geschichte der Parteiensysteme. Die Zahl der Parteien hat in den letzten Jahrzehnten nicht linear zugenommen. Zu Wachstumsphasen kam es nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Zeit von 1964 bis 1975 sowie nach 1983. In der Schweiz fallen in diese Perioden das Aufkommen der Überfremdungsparteien und der neuen Linken und dann der Ökologie-Bewegung. Der starke Rückgang der Zahl der Parteien, der sich in der Schweiz gegen Ende des 20. Jahrhunderts bemerkbar macht, bleibt jedoch bemerkenswert.

Abbildung 3.2: Veränderung der effektiven Zahl der Parteien (N)* zwischen 1960 und 1998, die Schweiz im Vergleich mit anderen Staaten (Mittelwerte)



* Berechnet nach der Formel von Laakso/Taagepera.

Quelle: Armingeon/Beyeler/Menegale 2000, eigene Berechnungen

3.1.2.3 Der Hyperfraktionalisierungs- und der Molinarindex

Der Laakso/Taagepera Index ist in der Literatur nicht unumstritten. Als Alternative dazu wird der „*hyperfractionalization index*“ (I), der auch „*index of multi-*

partyism“ oder Kesselman-Wildgen Index genannt wird, verwendet (vgl. Kesselman 1966; Wildgen 1971).⁴ Der Index, der auch bei Laakso/Taagepera (1979: 5), bei Molinar (1991: 1384) und bei Lijphart (1994: 69) vorgestellt und diskutiert wird, berechnet sich nach folgender Formel:

$$I = \text{antilog} \left[- \sum_{i=1}^n (P_i^2 \log P_i) \right] = \prod_{i=1}^n (p_i)^{-P_i} = e^H,$$

$$\text{wobei: } H = \sum_{i=1}^n p_i \ln p_i$$

Der Hyperfraktionalisierungsindex berücksichtigt die *kleinen Parteien* stärker als die grossen (durch die Verwendung des Logarithmus werden die Unterschiede zwischen grossen und kleinen Parteien kleiner). Sind in einem Parteiensystem auch die kleinen Parteien von Bedeutung, so kann argumentiert werden, dann wäre dieser Index angemessener. Im Falle der Schweiz, wo es mehrheitlich zumindest keine expliziten Mindest-Prozent-Hürden gibt und kleinere Parteien dank der direktdemokratischen Instrumente einen starken Einfluss ausüben können, könnte sich dieser Index als besonders brauchbar erweisen.

Neben der Aufsplitterung ist allerdings auch die *Stärke des Parteienwettbewerbs* von Bedeutung. Je stärker die Parteien sind und je ausgeglichener das Kräfteverhältnis ist, desto grösser ist der Wettkampf zwischen den Parteien. Diese Vorstellung liegt dem *Molinar-Index (NP)* zugrunde (Molinar (1991)). Seine Formel lautet:

$$NP = 1 + N \frac{(\sum_{i=1}^n P_i^2) - P_1^2}{\sum_{i=1}^n P_i^2},$$

⁴ Midler (1974: 446) weist darauf hin, dass bereits Kesselman diesen Index MacRae zuschreibt und dass er in der Physik und in Kommunikationsstudien als „measure of entropy“ bekannt ist.

wobei: $N = \frac{1}{\sum_{i=1}^n p_i^2} = \frac{1}{HH} = \frac{1}{(1-F)}$ und P_i = Anteil der stärksten Partei sind.

Der Molinar-Index gewichtet im Gegensatz zum Hyperfraktionalisierungsindex den Wählerstimmenanteil der *grössten Partei* stärker, aber in umgekehrter Richtung. Wenn die stärkste Partei einen grossen Wählerstimmenanteil hat, besteht ein grosser Abstand zwischen ihr und den anderen Parteien, sie muss weniger Rücksicht auf die anderen nehmen und der Parteienwettbewerb ist geringer. Entsprechend kann es als sinnvoll erachtet werden, dass für ein solches Parteiensystem eine kleinere Zahl an Parteien ausgewiesen wird.

3.1.2.4 Die verschiedenen Indices im Vergleich

Welcher Index verwendet werden soll, ist nicht einfach zu bestimmen. Im Folgenden soll zuerst anhand einiger *hypothetischer Beispiele* und dann auf der Basis der Ergebnisse der Nationalratswahlen zwischen 1919 und 1999 geprüft werden, wie gross die Unterschiede zwischen den drei Indices sind. In Tabelle 3.2 sind einige Beispiele von möglichen Kräftekonstellationen in verschiedenen Parteiensystemen und die daraus resultierenden Werte für N, I und NP zusammengestellt. Die Werte sind zudem zur Illustration auch in Abbildung 3.3 dargestellt.

Die drei Indices liefern lediglich für Parteiensysteme, in denen die Parteien gleich stark sind, dieselben Werte. Ansonsten können die Unterschiede zwischen den drei Indices beträchtlich sein. Es gilt dabei – zumindest für die in der Tabelle aufgeführten hypothetischen Parteiensysteme – $NP < N < I$. Für Parteiensysteme mit ungleichmässigen Parteienstärken liefert in der Regel der Hyperfraktionalisierungsindex (I) den höchsten, der Laakso/Taagepera-Index (N) einen tieferen und der Molinar-Index (NP) den tiefsten Wert.

Besonders deutlich sind die Differenzen zwischen den drei Indices in den Beispielen 2, 3, 7 und 8. Die Unterschiede können soweit gehen, dass je nach verwendetem Index auf ein anderes Parteiensystem geschlossen wird. Im zweiten Beispiel ist man ausgehend vom Molinar-Index geneigt, von einem Einparteiensystem zu sprechen, während N ein Zwei- und I sogar ein Dreiparteiensystem nahe legt, und im dritten Beispiel weist NP weniger als zwei Parteien aus, wäh-

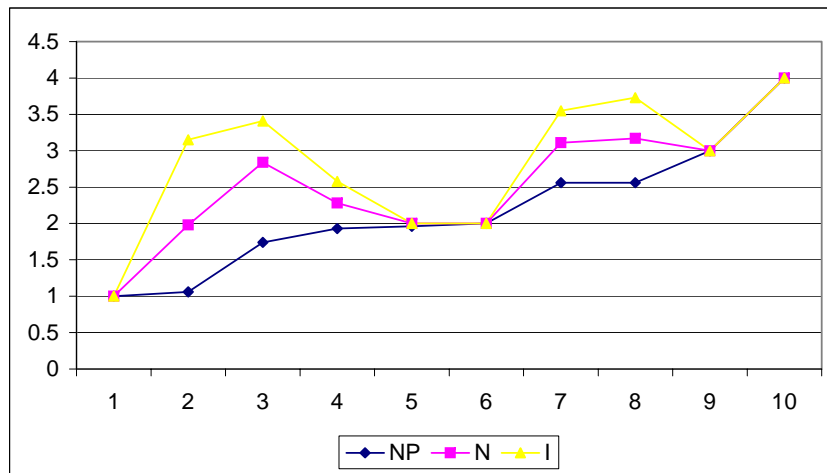
rend hier wohl eher von einem Drei- oder Mehrparteiensystem gesprochen werden kann.

Wie stark der Molinar-Index auf die Kompetitivität des Parteiensystems reagiert, kommt auch in einem anderen, hier nicht dargestellten Beispiel zum Ausdruck. Wenn aus einem Dreiparteiensystem mit einer Mehrheitspartei und einer relativ starken zweiten Partei (55/35/10) ein Dreiparteiensystem mit einer Mehrheitspartei und zwei etwa gleich starken Parteien (55/25/20) wird, dann geht der Molinar-Index (NP) von 1.70 auf 1.62 zurück, während der N von 2.30 auf 2.47 ansteigt (vgl. Tabelle 4 in Molinar 1991: 1387). Mit anderen Worten: Wird die relative Stärke der Mehrheitspartei grösser, so hat Molinar zufolge das Parteiensystem weniger Parteien, oder nochmals anders gesagt: zwei etwa gleich schwache Parteien sind für die Mehrheitspartei weniger bedrohlich als eine starke zweite Partei. Gemäss Laakso/Taagepera hat das Parteiensystem demgegenüber mehr Parteien, da die Kräfteverhältnisse zwischen den „oppositionellen“ Parteien ausgeglichener sind.

Tabelle 3.2: Die verschiedenen Werte von N, I und NP, hypothetische Beispiele

Fall/ Partei	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A	1.00	0.70	0.51	0.51	0.51	0.50	0.40	0.40	0.33	0.25
B		0.05	0.26	0.42	0.49	0.50	0.37	0.37	0.33	0.25
C		0.05	0.11	0.05			0.11	0.09	0.33	0.25
D		0.05	0.11	0.01			0.11	0.09		0.25
E		0.05	0.01	0.01			0.01	0.05		
F		0.05								
G		0.05								
Total	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00
F	0.00	0.50	0.65	0.56	0.50	0.50	0.68	0.68	0.67	0.75
NP	1.00	1.06	1.74	1.93	1.96	2.00	2.56	2.56	3.00	4.00
N	1.00	1.98	2.84	2.28	2.00	2.00	3.11	3.17	3.00	4.00
I	1.00	3.15	3.41	2.58	2.00	2.00	3.55	3.73	3.00	4.00

Abbildung 3.3: Darstellung der Werte für N, I und NP für die hypothetischen Beispiele aus Tabelle 3.2

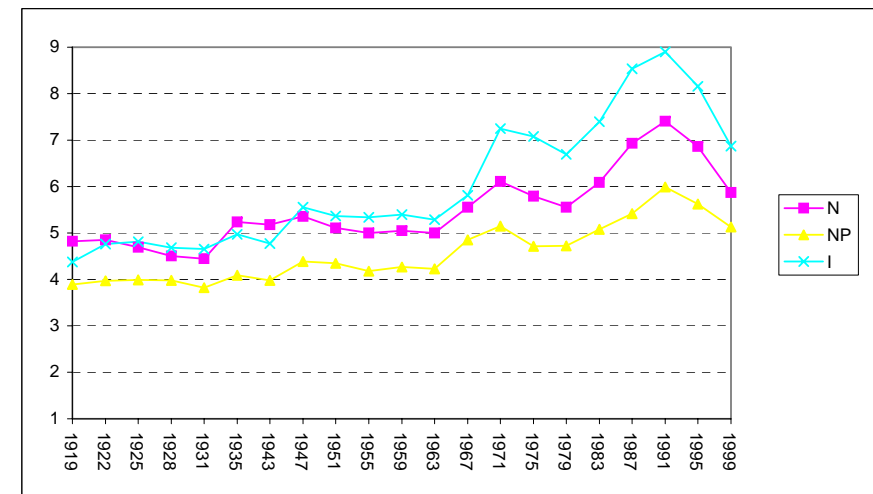


X-Achse: Nummer der Beispiele, Y-Achse: Zahl der Parteien

Wenden wir uns in einem nächsten Schritt der Realität zu. Abbildung 3.4 zeigt anhand der *Nationalratswahlen in der Schweiz*, wie sich die Fragmentierung, berechnet auf der Basis der drei Indices N, I und NP, seit der Einführung des Proporzwahlverfahrens 1919 entwickelt hat. Die drei Indices liefern Kurven, die sich sehr ähnlich sehen. Folgende weitere Erkenntnisse lassen sich aus der Abbildung herauslesen.

- Je nach Index hat die Schweiz 1999 ein Fünf-, Sechs- oder Sieben-Parteien-System.
- Der Molinar-Index (NP) liefert konstant die tiefsten Werte.
- In der Zeit zwischen 1971 und 1999 liegen die Unterschiede zwischen NP und N und zwischen N und I bei rund einer Partei.
- Der Laakso/Taageperra-Index (N) und der Hyperfraktionalisierungsindex liefern lange Zeit nahezu identische Ergebnisse, die sich teilweise überschneiden. Erst mit den NR-Wahlen 1971 öffnet sich auch zwischen diesen beiden Indices ein Graben und I gibt deutlich höhere Werte an.

Abbildung 3.4: Laakso/Taageperra-, Hyperfraktionalisierung und Molinar-Index – Parteistärken auf nationaler Ebene 1919-1999*
* ohne Kategorie "Übrige"



* ohne Kategorie "Übrige"

Der Blick auf die den drei Kurven zugrunde liegenden Wahldaten zeigt, dass in der Zeit vor 1971 der *Wählerstimmenanteil der „übrigen Parteien“* über drei Prozent lag. Besonders gross mit über 6 Prozent war der Anteil der „Übrigen“ in den Jahren 1919, 1935 und 1943, und 1922 lag der Anteil der „übrigen Parteien“ bei 4.7 Prozent. Genau in diesen Wahljahren ist N grösser als I. Wenn also einige wenige Prozent der Wählerstimmenanteile nicht mehr einer bestimmten Partei zugeordnet werden können, was bei Zeitreihen-Analysen oder bei vergleichenden Studien schnell einmal vorkommen kann, ist die Hierarchie zwischen N und I nicht mehr gewährleistet. Wir werden im nächsten Abschnitt auf dieses Problem zurückkommen.

Trotz allem sind, zumindest für den hier untersuchten Fall der Nationalratswahlen 1919-1999, die *Zusammenhänge zwischen den drei Indices* sehr stark. Die Produkt-Moment-Korrelationen (pearson corr) liegen über .95 (vgl. Tabelle 3.3). Am stärksten ist der Zusammenhang zwischen N und F, am schwächsten zwischen F und I.

Tabelle 3.3: Die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Fragmentierungs-Indices am Beispiel der Wählerstimmenverteilung bei den Nationalratswahlen 1919-1999

Pearson Corr.	F	N	I	NP
F	1.000	0.989	0.955	0.959
N	0.989	1.000	0.965	0.967
I	0.955	0.965	1.000	0.971
NP	0.959	0.967	0.971	1.000
N=	21	21	21	21

Die Wahl des Index, so zeigen die Kurven in Abbildung 3.4, ist vor allem dann von Bedeutung, wenn der absolute Wert berücksichtigt wird. Gilt es beispielsweise zwischen fragmentierteren und weniger fragmentierten Entwicklungsphasen eines Parteiensystems zu unterscheiden, so kommt es weniger darauf an, welcher Index verwendet wird, als wenn es darum geht, das Parteiensystem aufgrund seiner Fragmentierung einem bestimmten Typus von Parteiensystemen zuzuordnen. Dass es im Fall der Schweiz, wie auch Molinar (1991: 1388) ausführt, trotz relativ grossen Unterschieden zwischen N und NP, zu keiner anderen Beurteilung des Parteiensystems kommt, hängt mit der grossen Zahl der Parteien und der Tatsache zusammen, dass in der Regel nicht zwischen einem Vier- und einem Fünfparteiensystem unterschieden wird. Für Länder wie Japan, Norwegen, Schweden, Frankreich V, Israel und Italien würde man jedoch je nach Index zu einer anderen Typologisierung des Parteiensystems anhand der Zahl der Parteien gelangen.

3.1.2.5 Das Problem der „Übrigen Parteien“

Dass, wie wir in Abbildung 3.4 gesehen haben, die Hierarchie $NP \leq N \leq I$ bei einem grösseren Wählerstimmenanteil der Kategorie „übrige Parteien“ nicht gewährleistet ist, ist beunruhigend und soll im Folgenden noch etwas genauer untersucht werden.

Vor allem bei vergleichenden Studien und wenn eine längere Zeitperiode berücksichtigt wird, sind nicht immer alle Parteien ausgewiesen und die Kategorie der „übrigen Parteien“ kann schnell einmal über 5 Prozent liegen. Die in dieser

Kategorie zusammengefassten Parteien werden in der Regel bei der Berechnung der Indices nicht berücksichtigt. Man beschränkt sich auf diejenigen Parteien, die sich kontinuierlich an den Wahlen beteiligen und einen minimalen Prozentanteil an Wählerstimmen gewinnen können. Je nach Kräftekonstellation zwischen den Parteien und der Grösse der Kategorie „Übrige“ kann es allerdings zu beachtlichen Fehleinschätzungen kommen, wie die folgenden Beispiele zeigen.

Für Parteiensysteme mit *gleichstarken Parteien* gilt: Je mehr Parteien es gibt, respektive je kleiner die Parteien sind, desto stärker fallen bei den Indices N und NP die Wählerstimmenanteile der übrigen Parteien ins Gewicht, während sich I gegenüber der Zunahme der Kategorie „Übrige“ sehr resistent verhält (vgl. Tabelle 3.4). N und NP steigen bei einer grösser werdenden Kategorie „Übrige“ an, während I leicht zurückgeht. Beträgt die Kategorie „Übrige“ 10 Prozent, würde man bei zwei gleichstarken Parteien auf der Basis von N von einem

Tabelle 3.4: Die Veränderung der Indices (F, N, I, NP) in Abhängigkeit der Kategorie „übrige Parteien“, gleichstarke Parteien

A	B	C	D	übrige	Total	F	N	I	NP
0.50	0.50			0.00	1.00	0.50	2.0	2.0	2.0
0.48	0.48			0.04	1.00	0.54	2.2	2.0	2.1
0.45	0.45			0.10	1.00	0.60	2.5	2.1	2.2
0.40	0.40			0.20	1.00	0.68	3.1	2.1	2.6
0.35	0.35			0.30	1.00	0.76	4.1	2.1	3.0
0.33	0.33			0.33	1.00	0.78	4.5	2.1	3.3
0.33	0.33	0.33		0.00	1.00	0.67	3.0	3.0	3.0
0.32	0.32	0.32		0.05	1.00	0.70	3.3	3.0	3.2
0.30	0.30	0.30		0.10	1.00	0.73	3.7	3.0	3.5
0.28	0.28	0.28		0.15	1.00	0.76	4.2	2.9	3.8
0.27	0.27	0.27		0.20	1.00	0.79	4.7	2.9	4.1
0.25	0.25	0.25		0.25	1.00	0.81	5.3	2.8	4.6
0.25	0.25	0.25	0.25	0.00	1.00	0.75	4.0	4.0	4.0
0.24	0.24	0.24	0.24	0.04	1.00	0.77	4.3	3.9	4.3
0.23	0.23	0.23	0.23	0.08	1.00	0.79	4.7	3.9	4.5
0.22	0.22	0.22	0.22	0.12	1.00	0.81	5.2	3.8	4.9
0.21	0.21	0.21	0.21	0.16	1.00	0.82	5.7	3.7	5.3
0.20	0.20	0.20	0.20	0.20	1.00	0.84	6.3	3.6	5.7

Zweieinhalbparteiensystem sprechen, während I und NP noch auf ein Zweiparteiensystem hindeuten. Beträgt die Kategorie „Übrige“ 20 Prozent, so weist auch NP auf ein Zweieinhalbparteiensystem hin, während N bereits ein Dreiparteiensystem wiedergibt. I deutet nach wie vor und zu recht auf ein Zweiparteiensystem hin. I schneidet also in diesen Fällen besser ab als die beiden anderen Indices.

Gilt dies auch, wenn die *Parteien unterschiedlich* gross sind? Abbildung 3.5 stellt drei weitere hypothetische Beispiele mit unterschiedlich starken Parteien dar:

Beispiel 1: Die Parteien haben 34, 29, 24 und 9 Prozent der Stimmen. Jede Partei verliert jeweils 1 Prozentpunkt an die Kategorie „Übrige“. I geht leicht zurück und N und NP steigen an, obwohl es keine neuen Parteien gibt und lediglich die Kategorie „Übrige“ grösser wird. I ergibt wieder das bessere Ergebnis und auch NP ist N vorzuziehen, weil NP die Kurve von I erst bei einer deutlich grösseren Kategorie „Übrige“ zu schneiden beginnt.

Beispiel 2: Die Parteien haben 23, 23, 20, 16, 8, 5, 3 und 2 Prozent der Stimmen. Die vier grossen Parteien verlieren jeweils einen Prozentpunkt bis zu einem Parteiensystem mit 19, 19, 16, 12, 8, 5, 3 und 2 Prozent der Stimmen. Auch hier bleibt I verhältnismässig konstant, während N und NP relativ stark ansteigen.

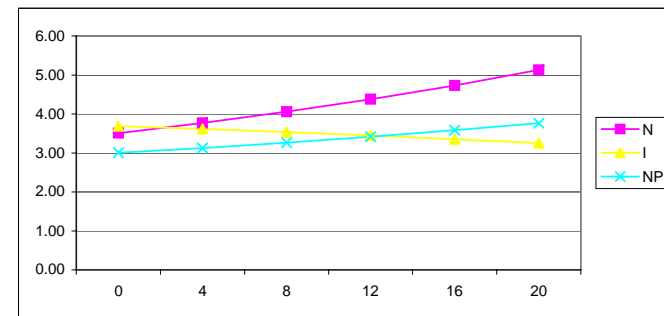
Beispiel 3: Die Parteien haben wiederum 23, 23, 20, 16, 8, 5, 3 und 2 Prozent der Stimmen. Nur fällt jeweils die kleinste Partei in die Kategorie „Übrige“ bis nur noch die vier grossen Parteien vorhanden sind. Werden die kleineren Parteien nicht mehr berücksichtigt, so fällt I relativ stark ab, während N und NP einigermassen konstant bleiben. Aber auch dieser Fall spricht für den Index I, da sich das Parteiensystem in Richtung eines Vierparteiensystems entwickelt. Obwohl N und vor allem NP vorgeben, kleinere Parteien weniger zu gewichten, weisen sie, wenn die Kategorie „Übrige“ grösser wird, sogar mehr Parteien aus als I. Dies ist eine beträchtliche Verfälschung der Realität.

Insgesamt, so kann aus diesen Beispielen geschlossen werden, liefert der Index I die verlässlicheren Werte wenn die Kategorie „Übrige“ zu gross wird. Zu grossen Differenzen kommt es, wenn 10 Prozent der Wählerstimmen in die Kategorie „Übrige“ fallen, allerdings kann es schon im Bereich von 5 Prozent zu Ab-

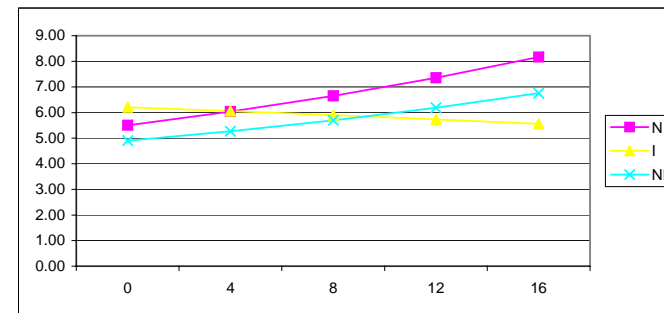
weichungen von der Regel $NP \leq N \leq I$ kommen. N und NP verhalten sich demgegenüber sehr ähnlich, wobei NP eher noch ein bisschen stabiler ist.

Abbildung 3.5: Die Veränderung der Indices (F, N, I, NP) in Abhängigkeit der Kategorie „übrige Parteien“, ungleichstarke Parteien

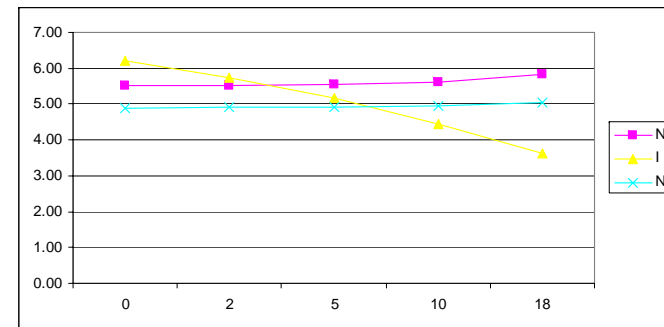
Beispiel 1



Beispiel 2



Beispiel 3



Das Problem mit der Kategorie „Übrige“ ist auch in der Literatur bekannt. Taagepera (1997) beispielsweise unternimmt einen Versuch, „seinen“ Index N zu retten. Bei der Berechnung des möglichen Fehlers stellt sich nämlich die Frage, wie sich die Kategorie „übrige Parteien“ zusammensetzt. Handelt es sich um eine Vielzahl kleiner Parteien oder um eine einzige Partei, die nicht identifiziert werden konnte? Handelt es sich um eine einzige, nicht identifizierte Partei, so besteht die Gefahr, dass N überschätzt wird, handelt es sich um eine Vielzahl kleiner Parteien, so ist N möglicherweise zu klein. Im ersten Fall muss der quadrierte Wählerstimmenanteil der Kategorie "Übrige" (die durch die eine Partei gebildet wird) zur Summe der quadrierten Wählerstimmenanteile der bekannten Parteien dazu gezählt werden. Im zweiten Fall wird der Extremwert dann erreicht, wenn die Kategorie "Übrige" aus einer Vielzahl von Parteien besteht, so dass die Summe der Quadrate ihrer Wählerstimmenanteile im besten Fall der Grösse der Kategorie "Übrige" entspricht. Je nachdem liegt N also zwischen

$$\frac{P^2}{[R^2 + \sum P_i^2]} < N < \frac{P^2}{[R + \sum P_i^2]}$$

wobei R für die Wählerstimmenanteile der Kategorie „Übrige“ steht.

Taagepera (1997: 146 f.) schlägt zwei mögliche Korrekturen vor:

man nimmt den Mittelwert:

$$N_{\text{korr1}} = \frac{\frac{P^2}{[R^2 + \sum P_i^2]} + \frac{P^2}{[R + \sum P_i^2]}}{2}$$

oder man stützt sich auf die kleinste noch berücksichtigte Partei (P_L) ab und setzt damit voraus, dass sich in der Kategorie "Übrige" (R) keine grössere Partei befindet als die kleinste identifizierte Partei.

$$N_{\text{korr2}} = \frac{P^2}{[R_{P_L} + \sum P_i^2]}$$

Trotz den verschiedenen Möglichkeiten bleibt die Frage unbeantwortet, ob die Zahl der Parteien von N eher unterschätzt oder überschätzt wird. Die Antwort

hängt letztlich davon ab, wie sich die Kategorie „Übrige“ zusammensetzt, und dies ist eben häufig nicht bekannt. Somit ist auch mit dem Korrekturvorschlag von Taagepera (1997) das Problem nicht gelöst und es ist immer dort *Vorsicht* geboten, wo die *Kategorie „Übrige“ zu gross* wird.

3.1.2.6 Abschliessende Bemerkungen

Soll man sich nun für I, NP, N oder gar F entscheiden, und was bringen uns die Diskussionen um den besten Fragmentierungsindex? Pedersen (1980: 397) hat schon vor 20 Jahren gefordert, dass man sich auf einen Index, nämlich Rae's F, einigen sollte, um dann herauszufinden in welchen Kontexten der Index am besten angewendet werden kann (vgl. Lane/Ersson 1994: 178). Zumindest was die Verwendung von F anbelangt, kann Pedersen nicht zugestimmt werden, die anderen Indices sind alleine schon aufgrund der Anschaulichkeit F vorzuziehen, weil sie der alltagssprachlichen oder qualitativen Beschreibung eines Parteiensystems nahe kommen. Recht hat Pedersen allerdings mit seiner Forderung, dass man die Anwendungsbereiche, die Stärken und Schwächen der einzelnen Indices kennen sollte.

Der Molinar-Index NP auf der einen Seite berücksichtigt die grossen Parteien stärker, misst dem Parteienwettbewerb mehr Bedeutung bei und ist damit besser geeignet, potentielle Regierungs-Oppositions-Konstellationen abzubilden. Der Hyperfraktionalisierungsindex I auf der anderen Seite gewichtet die kleinen Parteien stärker und stellt die Parteienzersplitterung in den Vordergrund. I und auch N sind besser geeignet, die Fragmentierung in Konkordanzsysteme aufzuzeigen (Lijphart (1994: 69 f.). N erweist sich schliesslich als eine Art Kompromisslösung.

Der Vorzug für die Kompromisslösung N ist jedoch in erster Linie pragmatischer Natur, wie dies auch von Lijphart (1994: 70), der sich ebenfalls für diesen Index ausspricht, bestätigt wird. Es ist der am stärksten verbreitete Index, die vorgeschlagenen Alternativen sind ihm sehr ähnlich und er ist einfacher zu berechnen. Bei der Verwendung von N gilt es jedoch darauf zu achten, dass die Kategorie „Übrige“ nicht zu gross wird.

Speziell für den Fall der Schweiz wäre dem Hyperfraktionalisierungsindex der Vorzug zu geben, weil er die kleineren Parteien, die in der Schweiz im System der direkten Demokratie eine grössere Rolle spielen können, stärker berücksichtigt, und weil er gegenüber dem Problem „Übrige“ resistenter ist. Im Folgenden werden, wo immer möglich, die verschiedenen Indices parallel verwendet. Dort, wo N, NP und I zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, wird darauf hingewiesen. Aus forschungspragmatischen Gründen wird jedoch bei den komplexeren Analyse auf N zurückgegriffen.

Und noch auf ein weiteres Problem sei an dieser Stelle verwiesen. In den meisten vergleichenden Studien werden aufgrund dieser Indices die nationalen Parteiensysteme analysiert. Dabei wird vernachlässigt, dass die Parteienkonstellation in den einzelnen Wahlkreisen ganz unterschiedlichen Charakter haben kann. Ein internationales Beispiel hierfür ist Belgien mit seinem nach Sprachregionen segmentierten Parteiensystem. So könnten sich beispielsweise in zwei Regionen je zwei unterschiedliche Parteien gegenüberstehen, so dass sich der Parteienwettkampf in einem Zweiparteiensystem abspielt, obschon auf nationaler Ebene ein Vierparteiensystem ausgewiesen wird. Oder, um das Beispiel der Schweiz zu nehmen, zahlreiche zusätzliche Parteien stammen aus ein paar wenigen Grosskantonen, welche darüber hinwegtäuschen, dass die Schweiz in vielen Gebieten kein eigentliches Vielparteiensystem hat. Diesen Fragen wird teilweise von Gaines (1997) Rechnung getragen, welcher eine Erweiterung der Indices vorschlägt, damit diese die unterschiedlichen Distriktgrössen berücksichtigen. Und auch Gross (1982) und Shugart (1985) befassen sich mit diesem Thema.

Abschliessend sei noch ein grundsätzliches Problem festgehalten. Für alle hier diskutierten Fragmentierungsindices gilt, dass sie die ideologischen Unterschiede zwischen den Parteien nicht berücksichtigen. Damit können sie beispielsweise auch nicht in angemessener Weise auf die Frage der Koalitionsbildung eingehen.

3.2 Zahl der Parteien in den kantonalen Parteiensystemen

Die Frage der Fragmentierung stellt sich auch für die kantonalen Parteiensysteme. Von besonderem Interesse ist hier nicht nur, wie weit sich die kantonalen Parteiensysteme hinsichtlich der Zahl der Parteien vom nationalen Parteiensystem unterscheiden, sondern auch welche Entwicklungen in den letzten Jahren und Jahrzehnten in den Kantonen stattgefunden haben, und ob sich auch hier in jüngster Zeit ein Rückgang der Fragmentierung bemerkbar macht. Zuerst werfen wir einen Blick auf die Fragmentierung der Parteiensysteme in den Kantonen in der letzten Wahlperiode des 20. Jahrhunderts, dann wenden wir uns möglichen Determinanten dieser Fragmentierung zu, und schliesslich betrachten wir die Veränderung der Fragmentierung über die Zeit hinweg.

3.2.1 Die Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme 1995-1999

In Tabelle 3.5 sind die auf der Basis von Kesselmann (1966) und Wildgen (1971), Laakso/Taagepera (1979) und Molinar (1991) berechneten Indices I, N und NP für die 24 kantonalen Parteiensysteme in der *letzten Wahlperiode des 20. Jahrhunderts* dargestellt.⁵ Nehmen wir als Referenzwert die in der Forschung am häufigsten verwendete effektive Zahl der Parteien von Laakso/Taagepera, so haben die Kantone BS, GE, AG, TG, BL, ZH und VD mindestens 5 Parteien, die Kantone SH, SG, BE, GL, FR, JU, TI und ZG zwischen 4 und 5 Parteien, die Kantone SO, LU, NE, GR und SZ zwischen 3.5 und 4 Parteien und die Kantone VS, NW, UR und OW weniger als 3 Parteien.

Die Mittelwerte bestätigen die bereits festgehaltene Regularität, dass der Hyperfraktionalisierungs-Index in der Regel den höchsten und der Molinar-Index den tiefsten Wert ausweist, während die effektive Zahl der Parteien (N) dazwischen liegt. In den Kantonen BS, GE, SG, GL, FR, ZG, NW und JU ist allerdings N grösser als I. In diesen Kantonen beträgt der Anteil der „Übrigen“ in der offiziellen Statistik mindestens 5 Prozent. Mehr als 5 Prozent beträgt der Anteil der „Übrigen“ sonst nur noch im Kanton Schaffhausen. Dort bleibt jedoch I

⁵ AR und AI konnten bei der Berechnung der Indices nicht berücksichtigt werden, da in ihren politischen Systemen die politischen Parteien nicht in gleichem Masse in Erscheinung treten. Zu den Daten vgl. Abschnitt 2.7.

grösser als N, was darauf zurückzuführen ist, dass I aufgrund der grösseren Zahl kleiner Parteien ausgesprochen hoch ist. Vernachlässigbar klein sind die Unterschiede in JU und GE, in den anderen Kantonen machen sie mehr als eine halbe Partei aus. Stützt man sich dort wo N grösser als I ist auf das stabilere I, so käme es zwar zu einigen Verschiebungen, wie die letzte Kolonne in Tabelle 3.5 zeigt, es sind aber lediglich ZG und SG, die sich in einer gänzlich anderen Umgebung von Parteiensystemen wieder finden.

Tabelle 3.5: Zahl der Parteien in den kantonalen Parteiensystemen (I, N und NP; Wahlperiode 1995-1999)

	NP	N	I	N > I	korrigierte effektive Zahl
BS	4.4	7.4	6.5	ja	6.5
GE	5.5	6.3	6.0	ja	6.0
AG	5.2	5.9	6.7		5.9
TG	4.5	5.8	6.1		5.8
BL	4.7	5.6	6.2		5.6
ZH	4.0	5.5	6.5		5.5
VD	4.0	5.3	5.4		5.3
SH	4.1	4.9	5.1		4.9
SG	3.2	4.8	3.6	ja	3.6
BE	3.5	4.7	6.2		4.7
GL	3.6	4.7	4.2	ja	4.2
FR	3.2	4.5	4.5	ja	4.5
JU	3.5	4.5	4.4	ja	4.4
TI	3.4	4.4	4.6		4.4
ZG	3.2	4.2	3.5	ja	3.5
SO	3.0	3.9	4.5		3.9
LU	2.5	3.8	4.5		3.8
NE	3.2	3.7	4.0		3.7
GR	3.2	3.7	3.9		3.7
SZ	2.7	3.7	3.9		3.7
VS	1.6	2.6	3.1		2.6
NW	2.1	2.6	2.1	ja	2.1
UR	1.5	2.3	2.6		2.3
OW	1.3	2.1	2.4		2.1
Durchschnitt	3.4	4.5	4.6		4.5

Effektive Zahl korrigiert: Dort wo I > N, wurde die effektive Zahl der Parteien auf der Basis von I berechnet.

Wie schwerwiegend die Unterschiede zwischen den verschiedenen Indices sind, hängt nicht zuletzt davon ab, wie mit den Index-Werten umgegangen wird, respektive wo die *theoretisch relevanten Grenzen* gezogen werden. Kaum von Bedeutung ist, ob man bei Vielparteiensystemen etwas höhere oder tiefere Werte erhält. Es gibt allerdings, wie dies der Abschnitt über die Typologien von Parteiensystemen gezeigt hat, Grenzwerte, bei denen für das Verhalten der Parteien relevante Veränderungen eintreten können.

- Eine erste wichtige – obwohl heute kaum mehr relevante – Frage ist, ob es sich um ein Ein- oder ein Zweiparteiensystem handelt.
- Weiter gilt es zwischen Zwei- und Zweieinhalbparteiensystemen zu unterscheiden.
- Und schliesslich ist es nicht ganz unwichtig, ob ein Parteiensystem aus drei, vier fünf oder mehr Parteien besteht.

Folgende Grenzwerte sind dementsprechend für die Klassierung der Parteiensysteme von Bedeutung:

Einparteiensystem	Indexwert < 1.5
Zweiparteiensystem	1.5 ≤ Indexwert < 2.25
Zweieinhalbparteiensystem	2.25 ≤ Indexwert < 2.75
Dreiparteiensystem	2.75 ≤ Indexwert < 3.5
Vierparteiensystem	3.5 ≤ Indexwert < 4.5
Fünf- und Mehrparteiensystem	4.5 ≤ Indexwert

Tabelle 3.6 zeigt, dass es je nach verwendetem Index für die Zahl der Parteien zu einer *unterschiedlichen Typologisierung* der kantonalen Parteiensysteme kommt. Nur in vier von 24 Fällen werden die kantonalen Parteiensysteme von den verschiedenen Indices nicht demselben Parteiensystemtypen zugeordnet. Es handelt sich um die Parteiensysteme der Kantone TG, BL, AG und GE, welche bereits mit NP zu einem Fünfundmehrparteiensystem gehören. Auffallend ist weiter, dass lediglich I eine grössere Anzahl Dreiparteiensysteme ausweist, während es mit den anderen beiden Indices in der letzten Wahlperiode des 20. Jahr-

hunderts in den Schweizer Kantonen praktisch keine Dreiparteiensysteme gibt. Ein paar weitere Beispiele zeigen, wie gross die Unterschiede sein können:

- Beim Parteiensystem im Kanton Obwalden handelt es sich gemäss NP um ein Ein-, gemäss N um ein Zwei- und gemäss I um ein Zweieinhalbparteiensystem.
- Beim Parteiensystem im Kanton Wallis handelt es sich gemäss NP um ein Zwei-, gemäss N um ein Zweieinhalb- und gemäss I um ein Dreiparteiensystem.
- Und besonders gross sind die Unterschiede im Kantonen Luzern, der gemäss NP ein Zweieinhalb-, und gemäss N ein Vier- und gemäss I ein Fünfundmehrparteiensystem hat.

Tabelle 3.6: Zuordnung der kantonalen Parteiensysteme zu den verschiedenen Parteiensystemen aufgrund von NP, N und I (Basis kantonale Parlamentswahlen, Wahlperiode 25, 1996-1999)

	Zuordnungskriterium = NP	Zuordnungskriterium = N	Zuordnungskriterium = I
Einparteiensystem	OW (1)		
Zweiparteiensystem	UR, NW, VS (3)	OW (1)	NW (1)
Zweieinhalbparteiensystem	LU, SZ (2)	UR, NW, VS (3)	OW, UR (2)
Dreiparteiensystem	SO, SG, GR, FR, ZG, NE, TI, JU, BE (9)		VS (1)
Vierparteiensystem	GL, ZH, VD, SH, BS (5)	SZ, GR, NE, LU, SO, ZG, TI, JU, FR (9)	ZG, SG, SZ, GR, NE, GL, JU, FR, SO (9)
Fünfundmehrparteiensystem	TG, BL, AG, GE (4)	GL, BE, SG, SH, VD, ZH, BL, TG, AG, GE, BS (11)	LU, TI, SH, VD, GE, TG, BL, BE, ZH, BS, AG (11)

In Klammern: Anzahl Kantone

Ganz offensichtlich führen die verschiedenen Indices zur Bestimmung der Fragmentierung von Parteiensystemen in der Praxis aufgrund der nicht perfekten

Daten nicht nur zu unterschiedlichen Werten, sondern sie ergeben auch unterschiedliche Hierarchien zwischen stärker und schwächer fragmentierten Parteiensystemen und ordnen die kantonalen Parteiensysteme unterschiedlichen Parteiensystemtypen zu. Welcher Index gewählt wird, muss aufgrund theoretischer Präferenzen, wie etwa die stärkere Berücksichtigung kleiner oder der grösserer Parteien, entschieden werden. Für eine Typologisierung der kantonalen Parteiensysteme aufgrund der Zahl der Parteien in jüngerer Zeit gilt jedoch, dass – sofern man sich nicht auf den für das schweizerische politische System weniger angebrachten Index NP abstützt – die grosse Mehrheit der Kantone mindestens ein Vierparteiensystem aufweist. Damit entschärft sich auch die Problematik, welcher Index zur Anwendung kommen soll. Ob in einem Parteiensystem vier, fünf oder sechs Parteien vertreten sind, dürfte weniger gravierende Auswirkungen auf den Parteienwettbewerb haben, als der Übergang von einem Zweieinhalbparteiensystem zu einem Vielparteiensystem.

3.2.2 „Determinanten“ fragmentierter Parteiensysteme

Die Frage nach den *Ursachen fragmentierter Parteiensysteme* ist von grossem wissenschaftlichem Interesse. Allerdings ist ihre Beantwortung methodisch komplizierter, als dies auf den ersten Blick den Eindruck macht. Für ausführlichere Analysen sei deshalb auf das Schlusskapitel dieser Arbeit verwiesen. An dieser Stelle soll lediglich ein Eindruck vermittelt werden, welche charakteristischen Merkmale der Kantone mit einer starken Fragmentierung einhergehen könnten. Über Kausalbeziehungen und die Art der Effekte wird dabei noch nichts ausgesagt. Was die Kantonsmerkmale anbelangt, so kann, in Anlehnung an die in der Literatur geführte Diskussion über die Ursachen fragmentierter Parteiensysteme (vgl. dazu vor allem auch Vatter 2002: 203 ff.), zwischen *soziostrukturellen Variablen* (Kantonsgrösse, Anzahl Gemeinden, Beschäftigungsstruktur, Konfession) und *Variablen des politischen Systems* (Grösse des Parlaments, Wahlverfahren usw.) unterschieden werden. Für den Grad der Fragmentierung werden die Durchschnittswerte der 7 Wahlperioden zwischen 1972 und 1999 verwendet.

Die Korrelationen zeigen, dass die Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme wahrscheinlich kaum primär mit den Variablen des politischen Systems erklärt werden kann. Ein stark fragmentiertes Parteiensystem findet sich in Kan-

tonen mit verhältnismässig *grossen Gemeinden* (Tabelle 3.7). Die Grösse des Kantons und die Urbanität scheinen, betrachtet man den Zusammenhang mit der effektiven Zahl der Parteien (N), in keiner signifikanten Beziehung zu stehen. Verwendet man hingegen I oder NP, so werden die Beziehungen signifikant, so dass dennoch davon ausgegangen werden kann, dass grössere und *urbanere Kantone* eher mehr Parteien haben.⁶ Auf jeden Fall bestätigt sich hier erneut, dass bei der Verwendung der Fragmentierungsindices eine gewisse Vorsicht angebracht ist. Deutlicher sind die Zusammenhänge bei den anderen Kantonsmerkmalen. *Katholische Kantone* sowie ein *hoher Anteil Beschäftigter im Agrarsektor* gehen einher mit wenig fragmentierten Parteiensystemen. Bei den Variablen der politischen Systeme findet sich einzig bei den *Einwohnern pro Parlamentssitz* eine signifikante positive Beziehung bei allen drei Fragmentierungsindices. Dies ist nicht erstaunlich, sind es doch die grösseren Kantone, in denen sich mehr Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einen Parlamentssitz „teilen“. Wenig wahrscheinlich ist demgegenüber, dass eine grössere Anzahl Einwohner pro Sitz einen direkten Einfluss auf die Zahl der Parteien hat. Die *Grösse des kantonalen Parlaments* korreliert nur mit dem Hyperfraktionalisierungsindex positiv, zwar deuten auch die Beziehungen mit den beiden anderen Indices in diese Richtung, nur sind sie nicht signifikant. Keine signifikanten Zusammenhänge finden sich beim *Wahlverfahren*, dem *Einführungsjahr des Proporz*, der *Möglichkeit Listenverbindungen einzugehen* und erstaunlicherweise auch bei der *Anzahl und der Grösse der Wahlkreise*.

Bei den Variablen des politischen Systems stellen sich weitere Probleme aus diesem Forschungsbereich. Zum einen stellt sich die Frage, ob die Variablen überhaupt *genügend Varianz* abdecken – es haben praktisch alle Kantone Proporzwahlen für ihre kantonalen Parlamente, so dass es zu keiner signifikanten Beziehung kommt, obschon Proporz eher mit einer grösseren Zahl an Parteien einher geht (vgl. Ladner/Milner 1999: 246 ff.) –, zum anderen kann die *Richtung der Beziehung* statistisch nicht bestimmt werden: Wird nach dem Proporz gewählt, weil es viele Parteien gibt, oder hat es viele Parteien, weil nach dem Proporz gewählt wird?

⁶ Nimmt man den Logarithmus der Kantonsgrösse, so wird auch der Zusammenhang mit N auf dem 5%-Niveau signifikant.

Tabelle 3.7: Korrelationen zwischen Kantonsvariablen und Fragmentierungsindices

	Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien, 1972-1999 (N)	Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien, Hyperfraktionalisierungsindex, 1972-1999 (I)	Durchschnittliche effektive Zahl der Parteien, Molinar, 1972-1999 (NP)
<i>Sozio-strukturelle Merkmale</i>			
Anzahl Gemeinden im Kanton	.091	.226	.123
Durchschnittliche Gemeindegrösse im Kanton	.457*	.508*	.545*
Grösse des Kantons	.397	.501*	.407*
Urbanität des Kantons	.389	.447*	.410*
Anteil Katholiken 1990	-.696**	-.696**	-.659**
Beschäftigte im Primärsektor 1990	-.658**	-.629**	-.656**
Beschäftigte im Sekundärsektor 1990	-.261	-.333	-.333
Beschäftigte im Tertiärsektor 1990	.289	.340	.336
<i>Variablen des politischen Systems</i>			
Einwohner pro Parlamentssitz	.485*	.556*	.481*
Grösse des kantonalen Parlaments	.279	.432*	.321
Einführungsjahr Proporzwahlen	-.337	-.387	-.350
Proporzwahlen	-.075	-.057	-.041
Möglichkeit Listenverbindungen einzugehen	.193	.313	.272
Anzahl Wahlkreise	-.184	-.157	-.224
Durchschnittliche Wahlkreisgrösse	.245	.259	.310

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0.05 (2-seitig) signifikant.

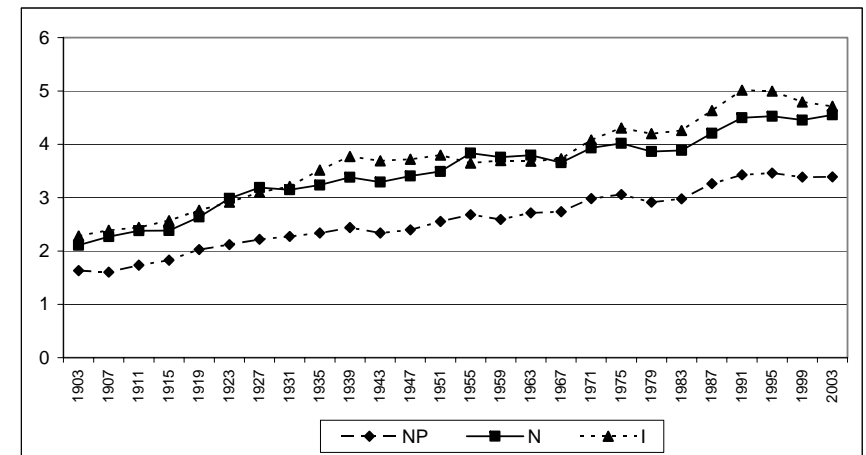
** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0.01 (2-seitig) signifikant.

3.2.3 Die Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme im Wandel

Wie hat sich die Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme über die Zeit hinweg *verändert*. Im Gegensatz zur Analyse der Fragmentierung des nationalen Parteiensystems verfügen wir nicht für alle Kantone über vollständige Angaben zu den Wahlergebnissen im 20. Jahrhundert. Gut dokumentiert ist jedoch die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts (1952-1999). In diesen zwölf Wahlperioden fehlen – neben AI und AR, die nicht berücksichtigt werden – lediglich die Angaben für den Kanton OW bis 1963. Bei den Durchschnittswerten vor 1952 ist bei der Interpretation hingegen grössere Vorsicht angebracht.

Betrachten wir die *Durchschnittswerte* über sämtliche verfügbaren Wahlperioden für die drei Indices (vgl. Abbildung 3.6), so zeigt sich eine ähnliche Entwicklung, wie wir sie bereits beim nationalen Parteiensystem festgestellt haben (siehe Abbildung 3.4). Im Trend nimmt die Fragmentierung des Parteiensystems zu, wobei in den 1990er Jahren die Zahl der Parteien wieder etwas zurückgeht. In Bezug auf die verschiedenen Indices fällt auf, dass I und N verhältnismässig nahe beisammen liegen und dass NP konstant deutlich tiefere Werte ausweist. Auch für die Durchschnittswerte der kantonalen Parteiensysteme zeigt sich zudem, dass die Zunahme wellenartig verläuft.

Abbildung 3.6: Kantonale Durchschnittswerte von N, I und NP zwischen 1903 und 2003



Die Entwicklung verläuft allerdings nicht in allen Kantonen gleichförmig. Wie sich aus Tabelle 3.8, in der lediglich N aufgeführt ist, unschwer erkennen lässt, nimmt in einigen Kantonen die Zahl der Parteien auch in jüngster Zeit noch zu, während sie in anderen zurückgeht. Eine solche Zunahme der Fragmentierung erfahren zum Beispiel die Kantone SG, ZG und LU sowie in jüngster Zeit die Kantone UR, OW, NW und TI, in denen in den 1970er und 1980er Jahren die Fragmentierung noch ausgesprochen gering war. Aber auch die stärker fragmentierten Kantone BS, VD und GE erleben zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder eine Zunahme der Zahl der Parteien. Einen grösseren Rückgang der Fragmentierung seit den 1990er Jahren findet sich demgegenüber in den Parteiensystemen der Kantone BL, ZH, AG, TG und SH. Die Mehrheit dieser Kantone hatte bereits früher stark fragmentierte Parteiensysteme.

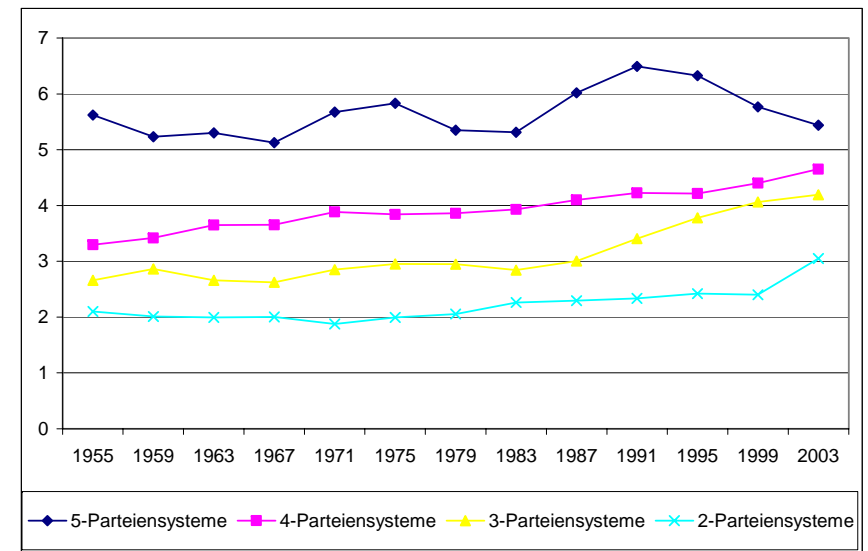
Abbildung 3.7 verdeutlicht diese *partielle Konvergenz* kantonaler Parteiensysteme, welche sich in den 1990er Jahren abzeichnet. Dabei wird aufgrund der durchschnittlichen effektiven Zahl der Parteien für die Zeit von 1952 bis 2003 zwischen Zwei-, Drei-, Vier- und Fünfparteiensystemen unterschieden und die Durchschnittswerte dieser vier Gruppen über die Zeit hinweg abgetragen. Ein klarer Rückgang der Fragmentierung findet sich lediglich bei den „Fünfparteiensystemen“. Bei den „Drei- und Vierparteiensystemen“ steigt die Zahl der Partei-

en insgesamt leicht an, während sich bei den „Zweiparteisystemen“ erst in jüngster Zeit eine grössere Zunahme bemerkbar macht.

Tabelle 3.8: Effektive Zahl der Parteien (N) in den kantonalen Parteiensystemen zwischen 1952 und 2003

Kanton	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	Veränderung	Durchschnitt
	1952	1956	1960	1964	1968	1972	1976	1980	1984	1988	1992	1996	2000		
ZH	5.8	6.0	6.0	6.1	6.5	6.5	5.5	6.4	7.2	6.5	6.2	5.5	4.9	-0.9	6.1
BE	3.3	3.4	3.4	3.6	3.6	4.2	3.7	4.0	5.1	4.8	4.9	4.7	4.7	1.4	4.1
LU	2.4	2.4	2.5	2.6	2.9	2.8	2.6	2.7	2.8	2.8	3.4	3.8	4.2	1.8	2.9
UR	1.6	1.6	1.6	1.9	1.9	1.9	2.0	2.1	2.0	2.0	2.5	2.3	3.0	1.3	2.0
SZ	2.6	2.4	2.4	2.3	2.4	2.9	2.9	2.8	3.0	3.3	3.2	3.7	3.6	0.9	2.9
OW				1.6	1.5	1.9	2.1	2.1	2.2	2.2	2.0	2.1	2.9	1.3	2.1
NW	2.0	1.9	2.0	2.1	1.8	1.7	1.7	2.3	2.5	2.7	2.6	2.6	3.5	1.5	2.3
GL	6.0	4.7	5.3	4.7	5.0	4.1	4.0	4.0	4.2	4.6	4.4	4.7	4.5	-1.6	4.6
ZG	2.5	3.7	2.7	2.5	2.8	2.9	3.0	3.0	3.0	3.5	4.0	4.2	4.8	2.3	3.3
FR	2.7	2.9	3.1	3.6	3.3	3.3	3.3	3.9	3.7	4.6	4.5	4.5	4.7	2.0	3.7
SO	2.8	2.8	2.8	2.8	3.1	3.1	3.0	2.9	3.1	3.8	4.0	3.9	3.8	1.1	3.2
BS	6.1	5.9	6.0	5.5	6.3	7.2	6.4	6.6	8.6	9.6	8.9	7.4	8.0	1.9	7.1
BL	8.2	7.6	6.8	5.5	6.7	6.8	4.8	5.5	5.9	5.9	5.7	5.6	5.3	-2.8	6.2
SH	4.5	3.9	4.2	4.2	4.6	4.6	5.2	4.9	4.7	5.4	6.1	4.9	4.2	-0.2	4.7
SG	2.9	3.0	2.9	2.8	3.0	3.1	3.2	2.8	3.1	3.6	4.2	4.8	4.5	1.5	3.4
GR	4.0	4.1	3.9	3.3	4.2	3.4	3.4	3.6	3.5	3.7	3.7	3.7	3.8	-0.2	3.7
AG	4.3	4.4	4.7	4.8	5.5	5.9	5.4	4.9	5.4	6.5	6.5	5.9	4.8	0.4	5.3
TG	4.2	4.5	4.5	4.6	4.6	5.2	5.0	4.8	5.4	6.3	6.4	5.8	5.1	0.9	5.1
TI	2.9	2.9	3.1	3.2	3.4	3.4	3.4	3.5	4.0	4.4	4.2	4.4	4.8	1.9	3.6
VD	3.1	3.3	3.8	4.0	3.9	4.8	4.4	4.4	4.7	4.4	4.4	5.3	6.0	2.8	4.3
VS	2.7	2.5	2.3	2.3	2.3	2.5	2.4	2.5	2.5	2.4	2.5	2.6	2.8	0.1	2.5
NE	3.8	4.0	4.5	4.3	4.9	4.0	4.2	3.5	3.7	3.6	3.6	3.7	4.0	0.2	4.0
GE	5.8	4.9	4.8	5.7	6.2	6.5	6.5	5.3	6.7	7.2	6.4	6.3	6.8	0.9	6.1
JU							4.6	4.5	4.0	4.2	4.2	4.5	4.6	4.6	4.4

Abbildung 3.7: Wandel der effektiven Zahl der Parteien (N) in den kantonalen Parteiensystemen zwischen 1952 und 2003, Durchschnittswerte für Zwei-, Drei-, Vier- und Fünfparteisysteme*



* Zuordnung zu den Parteiensystemen aufgrund der Durchschnittswerte 1952-2003

- Zweiparteisysteme: VS, NW, UR, OW
- Dreiparteisysteme: SG, SO, ZG, SZ, LU
- Vierparteisysteme: JU, VD, BE, NE, GR, FR, TI
- Fünfparteisysteme: BS, BL, ZH, GE, AG, TG, SH, GL

3.2.4 Schlussbemerkung

Bezüglich der Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme zeigen sich *beachtliche Unterschiede*. Auf der einen Seite stehen Kantone wie BS, BL, ZH und GE, sowie BL, AG, TG und VD, deren Parteiensysteme sich mit einer effektiven Zahl an Parteien von fünf und mehr kaum wesentlich vom nationalen Parteiensystem unterscheidet, und auf der anderen Seite befinden sich Kantone wie OW, NW, UR und VS, welche über Zwei- oder Zweieinhalbparteisysteme verfügen.

In einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich, dass sowohl auf nationaler Ebene wie auch im Durchschnitt der Kantone die Zahl der Parteien zugenommen hat,

was auf eine *Ausdifferenzierung des politischen Angebots* hindeutet. Allerdings ist diese Zunahme nicht linear verlaufen, sondern *wellenartig*. Auf eine Ausdehnung der Fragmentierung folgte immer wieder ein etwas geringerer Rückgang der Zahl der Parteien. Besonders ausgeprägt ist *dieser Rückgang der Fragmentierung in den 1990er Jahren*. Diese Entwicklung findet sich allerdings nicht in allen Kantonen. Vielmehr zeichnete sich hinsichtlich der Fragmentierung eine gewisse *Konvergenz* der kantonalen Parteiensysteme ab. In den stark fragmentierten Systemen geht die Zahl der Parteien zurück, in den schwächer fragmentierten steigt sie an.

Die These von den auf den Cleavage-Strukturen der 1920er Jahren eingefrorenen Parteiensystemen lässt sich mit den verschiedenen Fragmentierungsindices kaum schlüssig belegen, allerdings auch nicht widerlegen. Eine Zunahme der Fragmentierung würde zwar darauf hindeuten, dass neue Cleavages entstehen. Der Rückgang der Fragmentierung in jüngster Zeit könnte jedoch auch als Indiz dafür gewertet werden, dass sich die Parteiensysteme wieder auf die ursprünglichen Cleavages reduzieren. Sicher ist nur, dass nicht alle Kantone bereits zu Beginn der „Einfrierung“ der Parteiensysteme über ein alle vier Lipset/Rokkan-Cleavages abdeckendes Parteiensystem verfügten. Dass nun gerade diese Kantone mit einer rund 70jährigen Verspätung eine grössere Fragmentierung erfahren, wäre – vorausgesetzt genau diese traditionellen Cleavages strukturieren die nun stärker fragmentierten Parteiensysteme – eine gewichtige Unterstützung für die Argumentation von Lipset/Rokkan. Damit sind wir allerdings genau beim grossen Problem dieser Indices angelangt. Solange nicht bekannt ist, welche Parteien die Parteiensysteme bilden, kann über die diesen Parteiensystemen zugrunde liegenden Cleavages nur spekuliert werden. Denkbar wäre ja auch, dass mit der gleichen Zahl an Parteien völlig andere Cleavages abgebildet werden.

Somit soll an dieser Stelle vor allem festgehalten werden, dass die Fragmentierung der kantonalen Parteiensysteme in den letzten Jahrzehnten insgesamt zugenommen hat, dass sich aber in jüngster Zeit eine gewisse Konvergenz in einen etwas tieferen Bereich abzeichnet. Damit werden sich die *kantonalen Parteiensysteme*, was die Fragmentierung anbelangt, *ähnlicher*.

Abgesehen von den Schwierigkeiten im Bereich der Interpretation der Entwicklungen gilt es schliesslich zu betonen, dass die verschiedenen Indices, welche in

der Parteienforschung zur Bestimmung der Fragmentierung der Parteiensysteme verwendet werden, mit einer gewissen Vorsicht zu verwenden sind. Probleme ergeben sich insbesondere dann, wenn nicht alle Parteien in die Berechnungen einbezogen werden können und eine grössere Kategorie „Übrige“ besteht. Für das Schweizer Parteiensystem, in dem auch kleine Parteien eine Rolle spielen können, wäre dem Hyperfraktionalisierungsindex, der weniger anfällig für eine grosse Kategorie „Übrige“ ist und den kleinen Parteien ein grösseres Gewicht beimisst, den Vorzug zu geben. Aus pragmatischen Gründen empfiehlt sich demgegenüber der in der Literatur stärker verbreitete Index N von Laakso/Taagepera (1999).

